

# critica

Zeitung von Die Linke.SDS  
(Sozialistisch-Demokratischer  
Studierendenverband)  
Ausgabe Nr. 33 / 2024



## Der Kampf um die Universitäten

Die »Zeitenwende« in der Universität  
– und wie sie durchgesetzt werden soll. **S. 2-3**

### Landtagswahlen

Wie wir wieder nach links  
kommen können

**S. 8**

### Palästina

Beitrag der Wissenschaft  
für gerechten Frieden

**S. 10-11**

### Rassismus und Asyl

Von Bezahlkarten in Deutschland  
zu Hetzjagden in England

**S. 18**

### Inhaltsverzeichnis

- S. 2-3 Universitäter? Wer sind hier die Täter?
- S. 4 Was über die Krise zu lernen ist – ein Interview mit Renate Dillmann
- S. 5 Ein verlorener Krieg – Ukraine, NATO und die Wehrpflicht
- S. 6 Wahlen in den USA: Wähl halt!
- S. 7 Chile: Autoritarismus führt zu Austerität
- S. 8 Landtagswahlen im Osten: Aus Fehlern lernen... statt sie zu wiederholen.
- S. 9 Frei im Dienste der Menschheit?
- S. 10-11 Wissenschaften für den gerechten Frieden – Was sagen einzelne Fachdisziplinen dazu?
- S. 12-13 »Sicherheit« für wen?
- S. 14 Warum Antimilitarismus und Feminismus zusammen gehören
- S. 15 Warum der Kampf gegen psychische Probleme ein politischer Kampf sein muss
- S. 16 Bafög: Der Blick zurück weist den Weg vorwärts!
- S. 17 »Ein Versuch, die bürgerlich-kapitalistische Hegemonie zu verteidigen«
- S. 18 Bezahlkarten in Deutschland sind die Vorstufe von Hetzjagden in England
- S. 19 Buchbesprechung und Poesie



Folgt uns auf  
Instagram & Twitter:  
@critica\_zeitung  
[www.critica-zeitung.de](http://www.critica-zeitung.de)

### Impressum

**critica:** Semesterzeitung von Die Linke.SDS  
Nr. 33/2024, Kleine Alexanderstraße 28,  
10178 Berlin

**Redaktion:** Alejandro Gómez Laverde,  
Ari Alba Marquez, Hana Qetinaj, Jan Nellesen,  
Jonathan Beullens, Julius Paul, Lara Zieß,  
Leonie Schmid, Luca Groß, Mara Luise Günzel,  
Maxi Kisters, Michèle Pfister, Olivia Omogie,  
Paula Hamann, Ronja Hegemann,  
Silvie Strauß, Viki Dickel, Yusuf Karaaslan

**Layout:** Pia Chwalczyk  
**Illustrationen:** Pia Chwalczyk

**Cover:** Pia Chwalczyk

**Druck:** Nordost-Druck, Flurstraße 2,  
17034 Neubrandenburg

**VisdP:** Nathalie Steinert,  
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

**Anzeigen und Bestellungen:**

[critica@linke-sds.org](mailto:critica@linke-sds.org)

[www.linke-sds.org](http://www.linke-sds.org)

ISSN 2751-9902

# Wer sind hier die Universitäter?

Deutschland verwendet autoritäre Mittel, wie Demo-Verbote, mehr denn je. Ist das überhaupt neu und warum kommt es gerade jetzt?

Deutschland hat in den vergangenen Monaten eine Facette des westlichen Liberalismus gezeigt, die sonst versteckt bleibt. Schon im September 2023 hat Amnesty International gewarnt, dass in Deutschland die Versammlungsfreiheit deutlich eingeschränkt werde. In den Monaten danach folgten Repressionen gegen die Meinungs- oder Wissenschaftsfreiheit: Ein Betätigungsverbot in Deutschland gegen den Rektor der Uni Glasgow, Ghassan Abu-Sittah, die Ausladung der Philosophin Nancy Fraser von der Uni Köln oder die Absage der Feierlichkeiten für die Hannah Arendt Preisträger\*in Masha Gessen. Diese Ausnahmefälle sind nur ein Teil der autoritären Verschiebungen, die aktuell in der Bundesrepublik stattfinden und weit mehr als moralische Panikmache. Sie markieren kein neues Kapitel der Repression, vielmehr sind sie Ausdruck einer fehlenden Handlungsperspektive im herrschenden System und der kapitalistischen Krisentendenz.

## Gaza als Katalysator des Autoritarismus

Die Universitäten spielten bei dieser Entwicklung eine besondere Rolle: Nachdem die Palästina-Protest-

camp an US-Unis für Furore sorgten und auch in Deutschland Camps an diversen Universitäten stattfanden, gelangten die Unis in den Fokus der Öffentlichkeit. Mit der Aufmerksamkeit wurde eine vermeintliche islamistische Unterwanderung der Universitäten diagnostiziert, initiiert durch »anti-westliche«, postkoloniale, woke Professor\*innen. Das führte schlussendlich zur unsäglichen Öffentlichkeitsfahndung der Springer-Medien, deren Boulevardblatt »Universitäter« titelte und die Daten von Mitarbeiter\*innen der Berliner Universitäten teilte, die in einem offenen Brief die enorme Polizeigewalt gegen das erste Protestcamp an der FU Berlin kritisierten. Im Bildungsministerium versuchte man daraufhin Listen der unterstützenden Wissenschaftler\*innen zu erstellen, um zu prüfen, ob man diesen nicht die Fördermittel entziehen könne. Der Vorgang, der als »Fördergeldaffäre« bekannt wurde, steht exemplarisch für ein sich verengendes Klima des Sagbaren. Eine Situation, die, vor allem zum Thema Israel/Palästina, in Deutschland nicht neu ist und auch eindeutig Früchte trägt: Nur wenige Wissenschaftler\*innen in Deutschland, darunter noch weniger Professor\*innen, äußern sich in Deutschland öffentlich zu poli-

tischen Themen. Vielmehr zensieren sie sich selbst, um nicht ihre Fördergelder oder Stellen zu verlieren. Das fällt zusammen mit den verstärkten Versuchen der Bundeswehr und der deutschen Rüstungskonzerne, die Universitäten zu erschließen. Bislang sorgen an mehr als 70 öffentlichen Unis Zivilklauseln, freiwillige Selbstverpflichtungen von Universitäten, dafür, dass bloß zu zivilen Zwecken und nicht für den Krieg geforscht und gelehrt werden darf. Seit der sog. »Zeitenwende« wird versucht das zu ändern, zu diesem Zweck gibt es beispielsweise seitens der AfD in NRW oder der CDU/SPD Regierung in Hessen Versuche Zivilklauseln zu unterbinden oder in Bayern die Vorstöße für Universitäten mit der Bundeswehr zur Zusammenarbeit zu verpflichten.

Die ideologischen und ökonomischen Zuspitzungen ergänzen sich hierbei gegenseitig. Medien und Politiker\*innen schaffen in der Öffentlichkeit ein Klima der Angst und entziehen dem Bildungsetat die ohnehin knappen Gelder. Damit füttern sie den Verteidigungshaushalt, sodass Fördergelder für Universitäten leichter durch Rüstungskooperation zu erhalten sind.





## Autoritäres Deutschland: Eine Kontinuität?

Es lässt sich allerdings auch hinterfragen, ob diese Entwicklungen für die Bundesrepublik Deutschland überhaupt etwas Neues sind. Wenn es auch heute weitgehend aus dem gesellschaftlichen Gedächtnis verschwunden ist, ist die Geschichte der Bundesrepublik kein Wunder der Freiheit. Angefangen mit der Frage, für wen Freiheit galt: In der BRD der 50er Jahre galt sie zum Beispiel für unzählige ehemalige NSDAP Funktionäre, die nahtlos in hohe Positionen der BRD aufsteigen konnten. Gleichzeitig zeigte die junge Bundesrepublik Härte gegen erklärte Feinde ihrer Verfassung und verbot auf Beschluss des Bundesverfassungsgerichts 1956 die KPD. Weitere Auswüchse des Autoritarismus war der Radikalenerlass 1972. Dabei handelte es sich um eine Art Gesinnungsprüfung für Personen, die im öffentlichen Dienst beschäftigt werden sollten. In den 13 Jahren, in denen der Radikalenerlass in Kraft war, wurden 1200 Menschen nicht eingestellt und etwa 260 entlassen. Der größte Teil von ihnen wurde als »linksextremistisch« gebrandmarkt, womit ihnen die Ablehnung der »freiheitlich demokratischen Grundordnung« vorgeworfen wurde. So stritt SDAJ-Mitglied Luca dieses Jahr in Frankfurt am Main vor Gericht

darum, Lehrer werden zu dürfen. In München darf Benjamin Ruß wegen seiner ehemaligen Aktivität im SDS und Mitgliedschaft bei der Roten Hilfe nicht an der TU München arbeiten und klagt gemeinsam mit ver.di dagegen (Siehe S. 17).

Auch hartes Vorgehen gegen palästina-solidarischen Protest ist nicht neu: Schon immer war es schwer, Demonstrationen zum Thema anzumelden oder sie durchzuführen, ohne von der Polizei gestört zu werden. Beispielhaft dafür war die extrem schwere Durchführung der Nakba75 Kampagne, bei der an die Vertreibung der Palästinenser\*innen 1948 gedacht werden sollte. Aber auch in anderen Belangen war sich Deutschland nie zu schade, hart gegen zivilen Protest vorzugehen. Der wohl prominenteste Fall von unzähligen Beispielen ist der des Berliner Studenten Benno Ohnesorg, der 1967 bei einer Antikriegsdemonstration in Berlin von einem deutschen Polizisten anlasslos erschossen wurde. Auch damals war das Vorgehen eine Reaktion auf den aufflammenden Protest, der Deutschlands Stellung in der globalen Macht-Formation angriff.

## Autoritäre Mittel zur Krisenbewältigung

In der Coronapandemie trat, neben der Gesundheitskrise, vor allem die

Frage nach der Resilienz unserer Demokratie zutage und seit der Eskalation des Krieges in der Ukraine durch den Einmarsch russischer Truppen bahnt sich eine neue Weltkriegsgefahr an. Die Klimakrise bedroht unseren Planeten, die mit unserer aktuellen Wirtschaftsweise nicht bewältigbar ist. In mehreren Hinsichten zeigt sich immer wieder, dass die neoliberale Politik der letzten Jahrzehnte die Probleme unserer Zeit nicht lösen kann. Das führt innenpolitisch zu neuen Unruhen, die die herrschende Politik bewältigen muss, weshalb sie zu autoritären Mitteln greift. Für die zunehmende Unzufriedenheit der Bevölkerung mit ihrer ökonomischen Situation machen Oppositions- wie Regierungspolitiker\*innen die »Migrationskrise« verantwortlich und verschärfen Einwanderungs- und Abschiebengesetze. Die subjektive und objektive Sicherheit für viele Bevölkerungsgruppen nimmt ab und wird mit konstruierten Feindbildern sowie dem üblichen Ruf nach »Leitkultur« und strengeren Gesetzen beantwortet. Hinzu kommt die verstärkte Kriegsgefahr, die für Unzufriedenheit mit der Regierung sorgt, welche die AfD mit ihrer Friedensdemagogie versucht aufzugreifen. Auch die Unterstützung für Israels geozidalen Krieg gegen Gaza nimmt ab und so müssen die Kritiker\*innen dessen als Islamist\*innen markiert und aus

dem Diskurs ausgeschlossen werden. In vielen dieser Fälle wird übrigens die vermeintliche »Querfront« zwischen Linken und Rechten oder Islamist\*innen beschworen, um auch eine linke Antwort auf diese Krisen zu diskreditieren.

Universitärer sind nicht jene Wissenschaftler\*innen, die kritisch forschen oder es gar wagen, sich politisch zu äußern, sondern die, die dagegen vorgehen. Die Wissenschafts- und Meinungsfreiheit in Deutschland ist ernsthaft in Gefahr, nicht etwa weil ein Despot an der Macht ist, sondern weil die Einschränkungen dieser Freiheiten aktuell nötig sind, um die herrschenden Krisen zu lösen, ohne systemische Probleme anzugehen oder die Vormachtstellung des Westens zu hinterfragen. ★

**Maxi** ist im SDS Düsseldorf aktiv und Mitglied des Bundesvorstands. Auf Fotofahndung in der BILD hat er keine Lust, das lief schon mal schlecht.



# »Soll bloß keiner später sagen, dass man ›das alles‹ nicht gewusst habe«

Krise ist das Wort der Stunde. Aber von welcher Krise sprechen wir eigentlich alle? Renate Dillmann erklärt im Interview die gegenwärtige Krisendynamik und die Rolle der Medien.

**Die aktuelle Zeit, das hören wir immer wieder, ist von Krisen geprägt. In was für einer Krise befinden wir uns gerade?**

Die Frage ist: Um welche Krise und um wessen Krise geht es? Geht es um »Krise« im Sinn von: »mein Portemonnaie ist schon wieder in der Monatsmitte leer«? Um »Krisen« angesichts von Arbeitsplätzen, von denen man nicht leben kann, die einem Kraft, Zeit und Nerven rauben und um deren Erhalt man sich auch noch Sorgen machen soll? Um gesundheitliche und mentale »Krisen«, verursacht durch den Dauerstress der Konkurrenz in Schule, Ausbildung, Job, die zunehmende Umweltbelastung und den vergeblichen Versuch, trotz Zeit- und Geldmangel ein gelungenes Leben zu führen?

Wenn in der Öffentlichkeit von »Krisen« geredet wird, sind solche Härten eher nicht gemeint. Diese gelten vielmehr als »normal« und gehören zum Alltag, insbesondere in den Erfolgsphasen der Nation. Wenn hierzulande von Krisen die Rede ist, handelt es sich um die Krise der Zwecke, die in dieser Gesellschaft Geltung beanspruchen dürfen. Krise herrscht, wenn die Interessen der Herrschenden nicht mehr wie gewohnt aufgehen. Das gilt für die deutsche Wirtschaft und ihre aktuellen Bilanzen und das gilt für staatliche Ansprüche wie den, dass die Opfer des deutschen Kapitalismus und der westlichen Kriege an der »Festung Europa« abprallen müssen. Wenn das nicht funktioniert und es zu viele über die deutschen Grenzen schaffen, statt zu ertrinken, in die Sahara zurückgeschoben zu werden oder in den Mittelmeerländern zu verrotten, ist von einer Flüchtlingskrise die Rede.

Wirtschaftskrise meint also nicht das regelmäßige Scheitern der lohnabhängig Beschäftigten und Flücht-

lingskrise meint nicht die Krise der Leute, die in ihrer Heimat nicht mehr leben können. Krise ist dann, wenn die Ansprüche des Kapitals bzw. des Staates nicht erfolgreich aufgehen. In dieser Hinsicht können wir feststellen, dass sich die deutsche Nation in der Tat in einer ernsthaften Krise befindet. Der einstige deutsche Erfolgsweg als Exportnation stößt gerade an einige Schranken – an denen die deutsche Politik mit ihrer Sanktionspolitik gegenüber Russland und China nicht unbeteiligt war. Dieser letzte Umstand sollte übrigens Leuten zu denken geben, die sich vorstellen, dass die großen Konzerne das Sagen haben und die Regierung lediglich deren Erfüllungsgewinn ist.

**Was bedeutet das für Deutschland?**

Die deutsche Regierung hat bereits seit geraumer Zeit – nicht erst seit Beginn des Ukraine-Kriegs – beschlossen, dass das große Defizit, unter dem Deutschland leidet, seine fehlende weltweite Durchsetzungsfähigkeit ist. Aus den »Trump«-Jahren haben die führenden Politiker geschlossen, dass die Nation sich nicht mehr auf den amerikanischen Freund verlassen kann. Auf der Basis, dass die USA die Weltordnung militärisch abgesichert haben, konnte die deutsche Wirtschaft ihre Geschäfte machen, ohne für die militärischen Kosten, die nötig sind, um auf dem gesamten Planeten die entsprechenden Gewaltmittel zu unterhalten, aufzukommen. Das ist vorbei – Trump hat das seinen deutschen Kollegen deutlich gemacht. Insofern stand die prinzipielle Notwendigkeit einer deutschen bzw. deutsch-europäischen Aufrüstung bereits fest. Der russische Einmarsch in die Ukraine hat Olaf Scholz den Anlass für die »Zeitenwende« gegeben und seitdem orientiert die deutsche Politik offensiv darauf, das Land auf allen Ebenen kriegstüchtig zu machen – was laut Verteidigungsmini-

ster Pistorius 2029 der Fall sein soll. Diese Ankündigungen der deutschen Regierung sollte man als das nehmen, was sie sind: Die nationale Führung spricht damit aus, dass sie die Feinde ausgemacht hat, gegen die sie ihre Armee (sprich: ihre Bevölkerung) in Stellung bringen wird. Soll bloß keiner später sagen, dass man »das alles« nicht gewusst habe.

**Wie bekommen wir diese Veränderung zu spüren?**

Na, unser schönes Leben im Kapitalismus wird noch ein bisschen schöner. Die Waffen für die Ukraine und die Aufrüstung der Bundeswehr müssen schließlich bezahlt werden; im Verbund mit den Folgen der aggressiven Sanktionspolitik kriegen das schon jetzt alle zu spüren, auch wenn einiges dafür getan wird, dass sich die Unzufriedenheit bis jetzt in Grenzen hält.

Parallel dazu wird auf allen Ebenen für die unbedingte Notwendigkeit der Militarisierung mobilisiert – in Schulen, den Medien, den Unis. Die Politiker wissen sehr genau, dass die »harten Zeiten«, die sie der Bevölkerung einbrocken werden, auf loyales Mitmachen angewiesen sind.

**Du hast ein Buch über die Rolle der Medien bei der Herstellung von Kriegstüchtigkeit geschrieben. Wie agieren die Medien im Verhältnis zum Staat?**

Schon in sogenannten »normalen Zeiten« sorgen die Leitmedien mit ihrer politischen Berichterstattung zuverlässig dafür, dass die Bevölkerung die Ereignisse im In- und Ausland aus der nationalen Perspektive wahrnimmt. Das tun sie nicht, weil sie zensiert oder bestochen werden, sondern freiwillig: Journalisten sind die professionell um den Erfolg Deutschlands besorgten ideellen Gesamtnationalisten. In Zeiten von Krise und Krieg

stellen sie sich aus eigenem Antrieb der nationalen Aufgabe, die Bevölkerung aus ihrem »pazifistischen Wolkenkuckucksheim« rauszuholen – so die Redaktion des *Spiegels*. Beim Schüren von Feindbildern oder beim Fordern von mehr Waffenlieferungen gehen die Medien nicht selten sogar voran.

**Welche Rolle kann eine marxistische Analyse hierbei spielen und wie kann man sich dagegen wehren?**

Sie kann Klarheit über die Interessen der kapitalistischen Nationen und ihrer Konkurrenz schaffen: Begreifen statt Partei ergreifen. Bei der Durchsetzung ihrer Anliegen sind die Regierenden darauf angewiesen, dass ihr Volk die damit verbundenen Härten akzeptiert. Entsprechend unnachgiebig bestehen sie auf den nationalen Narrativen, in denen »Wir« – wie es der Zufall will – die Guten sind und die Gegner und Konkurrenten als die grundlos und abgrundtief Bösen daherkommen. Politik und Medien diese Darstellung nicht abzunehmen bzw. zu versauen, wäre schon was. ★

Das Interview führte Hana Qetinaj aus dem SDS in Frankfurt am Main



ISBN 978-3-89438-834-8



**Renate Dillmann** ist freiberufliche Journalistin und Lehrbeauftragte an der EVH in Bochum. Bisherige Bücher: China – ein Lehrstück, Der soziale Staat (mit Arian Schiffer-Nasserie), Abweichendes zum Ukraine-Krieg. Präsent beim Podcast 99:1 mit der Serie »Der real existierende Wahnsinn« und anderem.

Website: [renatedillmann.de](http://renatedillmann.de)

# Ein verlorener Krieg – Ukraine, NATO und die Wehrpflicht

Kein Sieg in Sicht. Westliche Militärs und Geheimdienste haben den Ukraine-Krieg für längst verloren erklärt. Warum dieser noch immer mit Waffen und Munition gefüttert wird und welche Interessen sich dahinter verbergen, analysiert Alejandro im folgenden Artikel.

## Drei Jahre Unvernunft und Abnutzungskrieg

Der Krieg zwischen der NATO und Russland auf ukrainischem Boden mit ukrainischen Truppen wütet seit fast drei Jahren und hat verheerende Auswirkungen für den europäischen Kontinent. Wachsende Armut, Ernährungsunsicherheit und der Tod fast einer ganzen Generation junger Menschen verstärken den Ruf nach der Losung, die die Friedensbewegung seit Beginn des Krieges fordert: Friedensgespräche, jetzt!

Der Diskurs der sogenannten »freien Welt«, der die Eskalation des Stellvertreterkrieges »zur Verteidigung der demokratischen Werte« legitimiert, bricht unter seinem eigenen Gewicht zusammen. Laut UNICEF hat sich die Kinderarmut in der Ukraine 2023 von 43% auf 82% verdoppelt. Mehr als 800 Gesundheitszentren wurden zerstört und zwischen 240.000 und 500.000 Soldaten auf dem Schlachtfeld ermordet. Nach Angaben der UNO sind rund 18 Jahre sozioökonomischer Entwicklung verloren gegangen.

## »Wiederaufbau [der Rüstungsindustrie]«

Unter der altruistischen Scharade der imperialistischen Mächte wird das Projekt des Wiederaufbaus der Ukraine gefördert, das darauf abzielt, die Gewinnmarge zu vergrößern, bevor wirklich die Bedingungen für eine vollständige Entwicklung wiederhergestellt werden. Ein Beweis dafür ist das zwischen der ukrainischen Regierung und BlackRock unterzeichnete Abkommen. Der Feldherr der internationalen Finanzoligarchie – die räuberischste aller Klassen! Das weltgrößte Finanzkonglomerat ist mitnichten aus humanitären Gründen an der Infrastruktur- und Investitionsplanung der »Kornkammer Europas« beteiligt. Der Wiederaufbau der Ukraine geht über die Übergabe von Land und Infrastruktur an professionelle Rechtsverdreher wie BlackRock und darüber hinaus. Drei Jahre Zerstörung haben die Ukraine in ein Zentrum der Waffenproduktion für die »auf Werten und Regeln basierende Welt« verwandelt. Die Einrichtung des ukrainischen Entwicklungsfonds im Mai 2023 verdeutlicht den Willen

des US-Imperialismus, ukrainische Vermögenswerte wie Metinvest, DTEK, MJP oder die ukrainischen Eisenbahnen zu übernehmen. Wenn so ihre Solidarität aussieht, wie sieht dann ihre Feindschaft aus?

Der deutsche Imperialismus legt angesichts einer so wertvollen und saftigen Beute ebenfalls kein Zölibatsgelübde ab. Bis Anfang 2024 ist der Umsatz von Rheinmetall im Vergleich zum Januar des Vorjahres um 16% auf 1,6 Milliarden Euro gestiegen. Die Ukraine benötigt jährlich 2,4 Millionen Stück Artilleriemunition, die NATO ist aktuell in der Lage, jährlich 1,2 Millionen Stück zu produzieren. Es gibt dementsprechend eine »Lücke« auf dem Waffenmarkt, die der deutsche, US-amerikanische und französische militärisch-industrielle Komplex gerne füllen. Bei der sogenannten »Wiederaufbaukonferenz« in Berlin wurden die wahren Absichten der deutschen Bourgeoisie deutlich: Im Mittelpunkt stand vor allem die Ausweitung der westlichen Rüstungsproduktion. Unter anderem soll ein Schützenpanzerwerk von Rheinmetall in der Ukraine errichtet werden.

## Wehrpflicht statt Lerndienst?

Mit dem Begriff »Kriegstüchtigkeit« wird in Deutschland der Frontal-

krieg um die Köpfe und Körper der Menschen geführt. Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) hat unter dem Euphemismus »Neuer Wehrdienst« wiederholt die Bereitschaft der Regierung erklärt, die Wehrpflicht einzuführen. Die Wiedereinführung der Wehrpflicht wird entgegen breiter gesellschaftlicher Skepsis in der öffentlichen Debatte mehr und mehr normalisiert. Und weil das nicht reicht, wird die insbesondere seit der Pandemie zunehmende Prekarität und Armut instrumentalisiert. Mit dem Versprechen eines Gehalts von 1.800 Euro und der Prämie von 5.000 Euro, sollen sich junge Menschen bereit erklären, länger als sechs Monate zu dienen. Die Botschaft ist klar: »Willst du studieren, nimm zuerst das Gewehr!«

Angesichts der militaristischen Offensive in Deutschland gibt es für uns nur eine Antwort: Runter mit den Waffen und hoch mit den Studienplätzen! Für eine Universität für Frieden und Völkerverständigung. ★

**Alejandro** kommt aus Kolumbien und studiert Politikwissenschaft und Geschichte in Frankfurt am Main. Er ist beim SDS und in der kolumbianischen Arbeitsgruppe Aktion Guajira aktiv.





**D**ass Demokratie mehr bedeutet als alle vier Jahre ein Kreuzchen zu machen. Erst recht in Amerika, wo man oft nur zwischen Kandidaten entscheidet, die von sehr reichen Leuten finanziert wurden. Wir können das besser.“ – *Bernie Sanders: Es ist an der Zeit dieses System zu ändern. Zeitschrift Luxemburg, Oktober 2023.*

Die im November anstehende US-Wahl ist aus linker Sicht weniger eine Entscheidung zwischen Donald Trump oder Kamala Harris als eine Wahl zwischen dem einen oder dem anderen Übel. Ein erneuter Sieg des rechten, rassistischen, sexistischen Hetzers Trump würde eine drastische

Verschlechterung der Lebensrealität aller unterdrückten Gruppen in den USA und weltweit bedeuten. Besonders im derzeitigen Wahlkampf setzt er mit seinen unverhohlenen Angriffen gegen Minderheiten auf gesellschaftliche Spaltung und schürt bewusst Hass und Ungleichheit.

Aber auch mit Harris gäbe es wenig Grund zur Freude. Die Politikerin inszeniert sich zwar gerade erfolgreich als progressive #Girlboss, doch bei amerikanischen Linken ist sie weiterhin auf Grund ihrer Vergangenheit als autoritäre Staatsanwältin, welche auf hohe Verurteilungsraten und strenge Strafverfolgung setzte,

und ihren widersprüchlichen Wahlkampfversprechen äußerst unbeliebt. Von ihr ist kein wirklicher sozialer Fortschritt zu erwarten, sondern höchstens kosmetische Reformen. Klar, Harris ist »besser« bzw. »weniger schlimm« als Trump. Doch solche Maßstäbe führen zu Argumentationen wie »Die CDU ist immerhin besser als die AfD«, was den eigentlichen Anspruch an echte Veränderung schmälert.

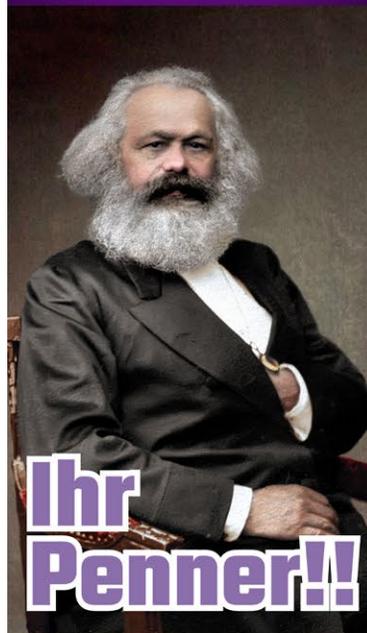
Eins steht jedenfalls fest: Beide Optionen vertreten einen konservativen Status quo, der für viele Menschen, insbesondere Minderheiten und marginalisierte Gruppen, keine echte Perspektive bietet und ungebrochen die herrschenden Verhältnisse und die ausbeuterische kapitalistische, imperialistische Ordnung aufrechterhalten würde. Ist das diese sogenannte Demokratie? Pest oder Pocken, wählen Sie jetzt! ★

ANZEIGE



Olivia (21) und Paula (21) studieren Kunstgeschichte und sind im SDS Düsseldorf aktiv.

99 ZU EINS  
PODCAST



99  
ZU EINS



# Chile: Autoritarismus führt zu Austerität

Die Militärdiktatur unter Augusto Pinochet in Chile zeigt: Für die Freiheit der Märkte nimmt man die Unfreiheit der Menschen gerne in Kauf.

Vor 54 Jahren, am 24. Oktober 1970, wurde der Sozialist Salvador Allende durch die breite Unterstützung der unteren Klassen zum Präsidenten Chiles gewählt. Durch eine schrittweise, friedliche Revolution mittels Reformen innerhalb der parlamentarischen Demokratie wollte die *Unidad Popular* (UP), das sozialistisch-kommunistische Bündnis um Allende, den Sozialismus erreichen. Sie setzte auf Verstaatlichung der natürlichen Ressourcen und Enteignung von Fabrik- und Großgrundbesitzer; eine Umverteilung des Wohlstands. Die Transformation war dabei kein bloßes Projekt von oben, sondern erweiterte die Handlungsspielräume von Gewerkschaften sowie feministischen und Graswurzelorganisationen. Dieses Vorgehen gefährdete die Bereitstellung billiger, natürlicher Ressourcen durch den Süden für den Norden und riskierte, eine langfristige, gut sichtbare Systemalternative im sogenannten Hinterhof der USA zu etablieren.

Systematische Wirtschaftssanktionen des Nordens, mit dem Ziel, »Chiles Wirtschaft zum Schreien zu bringen« (Nixon), sowie umfangreiche und kostspielige Aktivitäten der CIA, die der gezielten Destabilisierung der wirtschaftlichen und politischen Situation Chiles dienten, ermöglichten den chilenischen Eliten den Sturz der sozialistischen Enklave. Am 11. September 1973 putschten Teile des Militärs unter der Führung Augusto

Pinochets gegen Allende und errichteten eine 17 Jahre andauernde, brutale Militärdiktatur, geprägt von systematischer politischer Gewalt.

Die Rechten ermordeten nicht nur Allende und setzten die sozialistische Regierung ab, unter Pinochet vollführten sie eine vollständige wirtschaftspolitische Kehrtwende und machten Chile zum Experimentierfeld menschenverachtender Ökonomen, mehrheitlich ausgebildet an der Universität Chicago. Als heldenhafte Retter angesichts der drohenden Schuldenkrise Süd- und Zentralamerikas wurden die sogenannten *Chicago Boys* zu Wirtschaftsberatern der Regierung erhoben. Sie machten die theoretischen Überlegungen Milton Friedmans, darunter die Austerität und der neu entwickelte Neoliberalismus, zur leitenden politischen Praxis Chiles. Die Umsetzung der Austeritätspolitik, also das Kaputtsparen sozialer Infrastruktur und regressiver Steuerpolitik, traf jedoch auf Widerstand der unteren Klassen.

Austerität und Neoliberalismus haben einen symbiotischen Zusammenhang mit autoritären, also undemokratischen und diktatorischen Systemen. Einerseits brauchte es in Chile einen starken Staat, um die Austerität gegen den Willen der Bevölkerung durchzusetzen, besonders da die Politik von außerhalb diktiert wurde. Andererseits ist Austerität

Klassenkampf von oben, der die unteren Klassen schwächt und so den Weg für mehr Autoritarismus ebnet – wenn nicht beides durch Klassenkampf von unten gestoppt wird.

Mit dem Neoliberalismus in Chile wurde der Grundstein für eine bis heute andauernde Politik gegen die unteren Klassen des Globalen Südens gelegt. Sie ist eine Reaktion auf die Bewegung der blockfreien Staaten, der G77 und ihrem Ziel: dem Erkämpfen einer dekolonisierten, gerechten Weltwirtschaftsordnung. Seit Mitte der 1970er Jahre, als die Staatsschuldenkrise in Süd- und Zentralamerika ausbrach, steht der Internationale Währungsfonds mit kurzfristigen Krediten bei Zahlungsschwierigkeiten den Staaten des Südens zur Seite. Diese Hilfe gibt es aber nur unter der Bedingung von Austeritätsmaßnahmen.

In Argentinien, Kenia und Sri Lanka sehen wir heute, dass die politischen Bewegungen gegen die Politik des IWF nur durch zunehmenden Autoritarismus und Staatsgewalt davon abgehalten werden können, eine gerechtere Situation zu erkämpfen. Da im Angesicht der aktuellen Vielfachkrise die Kredite des IWF an den Globalen Süden seit 2007 bis heute über 300 Prozent gestiegen sind, ist in den nächsten Jahren mit weiter verschärfter, durch den IWF aufgezwungener und durch nationale Eliten umgesetzter Austerität sowie

damit einhergehendem Autoritarismus in den Ländern des Südens zu rechnen. Zumindest solange diese sich nicht vom Joch der Schuldenfalle befreien. Denn diese ist das Einfallstor für die Fremdbestimmung über den Süden durch den Norden und den IWF. Sie hindert die Bewegungen des Südens daran, selbstbestimmte Politik in den Fußstapfen Allendes zu machen und für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung jenseits des Kapitalismus zu kämpfen.

Deswegen: Schulden streichen, Autoritarismus be- und Sozialismus erkämpfen! ★

## Gastbeitrag von Debt for Climate Deutschland

Wir sind der in Deutschland aktive Teil, der aus dem Globalen Süden initiierten und angeführten Graswurzelbewegung Debt for Climate. Debt for Climate baut Macht von unten auf, indem wir Arbeiter\*innen-, Indigene, feministische, religiöse, ökologische, soziale und Klimagerechtigkeitsbewegungen im Globalen Norden und Süden verbinden, um die finanziellen Schulden des Globalen Südens zu streichen und eine selbstbestimmte, gerechte Transformation zu ermöglichen.



# Aus Fehlern lernen ... statt sie zu wiederholen.

Die Landtagswahlen im Osten waren eine große Niederlage, vor allem für die Linke – doch es gibt auch Hoffnung.

Überraschend sind die Ergebnisse der Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen für niemanden. Erschreckend sind sie dennoch. Während die Linke in beiden Ländern enorme Verluste einbüßen muss und die Ampelparteien ebenso als Verlierer der Wahl dastehen, gewinnt die AfD dazu. In Thüringen wird sie sogar stärkste Kraft – erstmals seit 1945 gewinnt wieder eine Partei mit faschistischen Inhalten und Personen eine Wahl in Deutschland.

## Innen vs. Außen statt Unten vs. Oben

Der Erfolg der AfD fällt nicht vom Himmel: Interne Streitigkeiten, wie noch im Frühjahr, scheinen vorerst überwunden und die Wähler\*innenbasis ist gefestigt wie nie. Die AfD hat sich im Osten zu einer oppositionellen Volkspartei mit ideologisch gefestigter Wähler\*innen-schaft entwickelt. Insbesondere die restriktive Migrationspolitik verfängt bei vielen: Die Idee, den bestehenden (materiellen) Kuchen für ihre Klientel günstiger aufzuteilen zu können, indem man rassifizierte Menschen abschiebt. Statt der Umverteilung von oben nach unten konstruiert die AfD die Feindschaft

zwischen Innen und Außen. Statt neolibérale Ausbeutungsverhältnisse anzugehen, sollen materielle Ungleichheiten verschärft werden. Bei dem Trubel um Abschiebedebatten rücken sozioökonomische Probleme in Deutschland in den Hintergrund und spürbare materielle Verbesserungen im Leben der Menschen (Mindestlohn, Renten, Bürgergeld, Mieten, ...) in weite Ferne.

Dass sich die AfD als glaubhafte Oppositionspartei etablieren kann, hängt in erster Linie mit einem Vertrauensverlust der ehemaligen Wähler\*innen der Partei die Linke zusammen. Die Partei hat in den letzten Jahren ihre Glaubwürdigkeit verloren und diese Lücke konnte von der AfD gefüllt werden. Daran änderte auch die Gründung des linkskonservativen Parteiprojekts Sahra Wagenknechts nichts. Verbal stehen die Ampelparteien zwar – vor allem für ihre Haltung in Friedensfragen – berechtigterweise in starker Kritik seitens BSW. Die erhoffte Wähler\*innenwanderung von AfD zu BSW blieb allerdings fast vollumfänglich aus. In Thüringen ist die Vereinnahmung linker Politik zu spüren: Kompromisse und ökonomische Zwänge setzen dem Spielraum linker Parlamentarier

und Regierungen in kapitalistischen Wirtschaftsordnungen enge Grenzen. Ähnliches stellte auch schon August Thalheimer 1932 im Hinblick auf den vereinten Kampf gegen den deutschen und internationalen Faschismus fest: »Die parlamentarische Aktion muß (sic!) also der außerparlamentarischen untergeordnet werden. Die Einheitsfronttaktik hat nicht nur nichts mit Koalitionsmanövern mit bürgerlichen Parteien zu tun, sondern schließt sie aus, ist gerade Gegenteil davon.« Der Kampf gegen Ausbeutung, Faschismus und Kapital wird nicht im Parlament gewonnen, sondern auf der Straße.

## Und nun?

Linke Kandidat\*innen haben allerdings nicht in ganz Sachsen Stimmen an AfD und BSW verloren. In Leipzig konnte Nam Duy Nguyen mit einem Wahlkampf, der darauf baute, die Probleme und Nöte der Menschen in seinem Wahlkreis in persönlichen Gesprächen herauszufinden, den Wahlkreis Leipzig Mitte-Ost gewinnen. In den Wochen vor der Wahl wurde an 50.000 Haustüren geklopft, um mit den Anwohner\*innen Gespräche über Miete, Energiekosten, Nahverkehr, Frieden und vieles mehr zu führen. Am Ende

standen tausende Wahlzusagen und ein gewonnener Wahlkreis. Nun gilt es, diesen (parlamentarischen) Sieg in (personelle) Stärke auf der Straße zu übersetzen.

Diese Erkenntnisse lassen sich auch auf den Campus übertragen: Nur wenn sich linke Organisation nicht von Scheinargumenten und Strohmännern vereinnahmen lässt, lässt sich glaubhafte Politik machen. Auch hilft es nicht, das bessere Argument im Programm zu haben, wenn es nicht gelesen wird. Stattdessen können auch am Campus Gespräche mit Kommiliton\*innen geführt, gemeinsame Probleme identifiziert und gemeinschaftliche Lösungsansätze erarbeitet werden. Denn nur wenn die Selbstemanzipation aller die Grundlage unseres politischen Handelns ist, lässt sich eine Bewegung aufbauen, die das Potential hat, die Verhältnisse, in denen wir leben, zu ändern. ★

Julius studiert auf dem Papier Politikwissenschaft in Hannover. Mit Wissenschaft hat das hier aber nix zu tun.



# Frei im Dienste der Menschheit?

Wissenschaft in der BRD soll zunehmend den herrschenden innen- wie außenpolitischen Interessen untergeordnet werden. Das ist geschichtsvergessen. Warum es eine befreite Wissenschaft für die Allgemeinheit braucht.

Immer häufiger ist in den herrschenden Medien von Wissenschaftsfreiheit zu lesen, spätestens seit der Fördermittellaffäre im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) unter Stark-Watzinger (FDP) im Juni. Funktionäre des Ministeriums hatten um eine Überprüfung der Fördermittelvergabe an bestimmte Lehrpersonen der FU Berlin gebeten. Diese hatten sich in einem Offenen Brief gegen die polizeiliche, teils gewaltsame Räumung des palästinasolidarischen Protestcamps geäußert. Sie ist beispielhaft für die Reaktion der Herrschenden gegen die Politisierung der Studierendenschaft durch Palästina-Solidarität. Sie wird flankiert durch die Einführung eines politischen Exmatrulations-Paragrafen im Berliner Hochschulgesetz. Politisches Bewusstsein und entsprechende Aktionen sollen im Keim erstickt werden.

Bei der Affäre handelte es sich wohl um eine Rote Linie, die auch bürgerlich-reaktionäre Kommentatoren, unter anderem der F.A.Z., überschritten sahen. Unbeirrt davon wird weiter an einer fraktionsübergreifenden Resolution für den Bundestag gearbeitet, die den vermeintlichen Schutz jüdischen Lebens für maulkorbartige Vorschläge zur Beschränkung von Kunst und Wissenschaft instrumentalisiert.

Der Eingriff in die Wissenschaftsfreiheit durch den potentiellen Entzug von Fördermitteln ist eine Eskalation in der seit Jahrzehnten bestehenden Förderpolitik in der Wissenschaft. Mit abnehmenden Grundmitteln ist die Abhängigkeit von Drittmittelgebern, ob öffentlich oder privat, stetig gestiegen. Der wirtschaftliche Druck führt zu politischen Konsequenzen in der Auswahl von Forschungsfragen.

Perfiderweise wird Wissenschaftsfreiheit gegen Zivilklauseln an deutschen Hochschulen angeführt. Obgleich sie freiwillige Selbstverpflichtungen der Hochschulen darstellen, wird behauptet, dass sie Forschende in ihrer akademischen Freiheit einschränken. Dabei wird verschwiegen, dass im kaputtgesparten Hochschulbetrieb eine Öffnung gegenüber der stetig wachsenden Rüstungsindustrie einem erzwungenen Ausverkauf gleichkommt.

In einem Positionspapier des BMBF vom März kommt die Offensive der Herrschenden zur Unterordnung der Wissenschaft gegenüber der deutschen Innen- und Außenpolitik besonders zum Vorschein. »Forschungssicherheit« wird genutzt als Rechtfertigung für die Militarisierung und internationale Abschottung der deutschen Hochschulen.

Positivbeispiele seien die »Wertepartner« USA und Israel. Der Abstiegskampf des Westens soll auch mit Mitteln der Wissenschaft geführt werden. Angst vor »Systemrivalen« soll geschürt werden, indem Wissenschaftler\*innen für die Gefahren aus Staaten wie China und Iran »sensibilisiert« werden. So wird in dem Papier das historische Bewusstsein aus dem deutschen Faschismus als explizites Hindernis für die Aufweichung von Grenzen zwischen ziviler und militärischer Forschung porträtiert. Wo Schulungen nicht weiterhelfen, muss schweres Geschütz aufgefahren werden: das Verteidigungsministerium soll eine größere Rolle in der Forschungsfinanzierung spielen. Es wird gar ein Preis für zivil-militärische Forschungsprojekte vorgeschlagen.

Das vom BMBF angeführte Narrativ der Versichertheitlichung der Wissenschaft dient nichts anderem als einer weiteren Revision der Lehren aus 1945. Wissenschaftsfreiheit, festgelegt in Art. 5 Abs. 3 Grundgesetz, wird auf den Kopf gestellt. Denn sie kann nicht losgelöst vom Rest des Grundgesetzes betrachtet werden. Die Würde des Menschen nach Art. 1 GG muss erfüllt werden. Das ist nicht möglich durch eine Wissenschaft für Krieg, Sozialabbau und die sogenannte Staatsräson.

Im Gegenteil, das Potential der Wissenschaften zur Entwicklung menschlicher Lebensbedingungen muss befreit werden von Kapitalinteressen. Nur durch eine Wissenschaft, die frei zur Kooperation und zur Förderung des Friedens ist, können wir unserer Verantwortung gegenüber unseren Mitmenschen gerecht werden. Sie muss von uns Studierenden als Teil der Hochschulbasis schon heute realisiert werden; indem wir die historische Verbindung von Friedensbewegung und Wissenschaft aufgreifen, uns mit kritischen Lehrenden verbünden und in Hochschulgremien für eine friedenspolitische Wende im Studium und in der Forschung kämpfen. ★



Ari (Kulturanthropologie) und Jonathan (Biophysik) studieren in Frankfurt am Main. Der positive Friedensbegriff als Freiheit von struktureller Gewalt stellt für sie die Grundlage einer emanzipierten Wissenschaft dar.

# Wissenschaften und Palästina

## Wissenschaften für den gerechten Frieden – Was sagen einzelne Fachdisziplinen dazu?

Friedenswissenschaft zur Leitdisziplin: Friedenswissenschaft kann nicht nur als eigenes Fach verstanden werden, sondern als Aufgabe jeder Wissenschaftsdisziplin: Wofür werden wissenschaftliche Erkenntnisse verwendet? Dienen sie der Legitimation von Krieg oder der Aufklärung für den Frieden? Diese Fragen stellen sich 3 Studierende aus den Fachdisziplinen des Völkerrechts, der Friedens- und Konfliktforschung sowie der Islamwissenschaft in Bezug auf die Aktualität der andauernden Kriege, Vertreibungen und der Historie Palästinas. Die Beiträge gehen der Frage nach, welchen Beitrag ihre Disziplin zum Frieden leisten sollte und warum sie Kritik an der Entwicklung ihres Fachs erheben.

Die Relevanz der Friedenswissenschaft begründen wir als SDS daraus, dass Universitäten im Kapitalismus eine Doppelfunktion in-

nehaben. Zum einen bieten sie neue Formen der »Berufsausbildungen«, welche durch das modularisierte Bologna-System zunehmend deformierte Persönlichkeiten hervorbringt. »Halb dumm, halb schlau« kommen Studierende so aus der Uni raus. Als angehende Wissenschaftler\*innen sind sie hochspezialisiert, können ihr Wissen aber nicht in einen weltlichen Zusammenhang einordnen. Zum anderen besitzen sie Forschungsapparate, die die Konkurrenzposition der Herrschenden im internationalen Kapitalschmelzebecken heben sollen und als ideologischer Apparat der öffentlichen Meinungsbildung dienen. Universitäten sollen das Wissen vermitteln, das in der Gesellschaft gefördert werden soll. Kritisches Denken wird durch Drittmittelabhängigkeit und Unterfinanzierung systematisch verhindert. So werden Erkenntnisse produziert, die die aktuelle Gesellschafts- und Wirt-

schaftsordnung stützen – und schon gar nicht in Konflikt mit ihr geraten.

Am deutlichsten ist dies wohl beim Thema Palästina: Die Universitätslandschaft steht unter Druck, sich nicht zum Krieg und laufenden Genozid zu positionieren, obwohl alle wissenschaftlichen Erkenntnisse gegen Waffenlieferungen sowie Eskalationsspiralen sprechen. Auch sind Kriege für die Klima-, Ungleichheits- sowie Geschlechterforschung mit katastrophalen Auswirkungen verbunden. Die Zivilklauseln, mit der etwa 70 Universitäten sich selbst verpflichten nicht-militärisch zu forschen, setzen die wichtigste Frage in Wissenschaften auf die Tagesordnung: Wozu dient jede einzelne Forschung? Ärzt\*innen beantworten diese Frage seit Jahrhunderten mit dem hippokratischen Eid. Einen solchen brauchen wir auch für jede andere Wissenschaftsdisziplin, besonders in Puncto Frieden!

### Kriegs-Verwaltung oder Friedens-Förderung? Die Friedens- und Konfliktforschung und Palästina

Die Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland ist aus der Friedensbewegung der 50er und 60er Jahre entstanden. Die Abhängigkeit von Fördermitteln hat jedoch von der ursprünglich systemkritischen Ausrichtung wenig übriggelassen. An ihre Stelle sind Politikberatung und auf Entwicklungsarbeit begrenzte Anwendungsorientierung getreten. Es ist Ausdruck dieser Entwicklung, dass ein Konflikt, der jahrelang als ergiebiges Fallbeispiel für die Forschung und gut finanziertes Praxisfeld der Friedensförderung diente, in einen Genozid mündet – der politisch und militärisch von ein und derselben Regierung unterstützt wird wie besagte Forschungs- und Praxisprojekte. Eine entpolitisierte Forschung hatte weder der Ausbreitung israelischen Territoriums und

Entrechtung der palästinensischen Bevölkerung etwas entgegenzusetzen, noch trat sie in Konflikt mit der deutschen Außenpolitik, die sich auf humanitäre Unterstützung für Palästinenser\*innen begrenzt, während die militärische und politische Unterstützung allein Israel gilt. So wollte sich Deutschland als uneingeschränkter Partner Israels von der Nazi-Vergangenheit reinwaschen und sich gleichzeitig gegenüber der palästinensischen Bevölkerung als großzügiger Unterstützer von humanitären, Friedens- und Menschenrechtsorganisationen präsentieren. Die externe Finanzierung solcher Organisationen trug dazu bei, dass anstelle einer tatsächlichen Friedensförderung nur die Verwaltung ungerechter Zustände betrieben wurde. Die Friedens- und Konfliktforschung muss das Scheitern dieser Ansätze aufarbeiten und den historischen und globalen Kontext ins Zentrum der Konfliktanalyse rücken. Mit einem Verständnis von Konflikten als Katalysatoren für gesellschaftlichen Wandel und von positivem Frieden als Abwesenheit

struktureller Gewalt, lauten die Kernfragen auf der Suche nach Lösungen: Welche Unterdrückungsverhältnisse haben zur Eskalation geführt? Und: Wie lassen sie sich beenden? Das aktuelle Friedensgutachten des PRIF, die Empfehlungen des Internationalen Gerichtshofs für Menschenrechte sowie zahlreiche UN-Resolutionen und Berichte von Menschenrechtsorganisationen sind dafür richtungsweisend. Die Friedens- und Konfliktforschung als interdisziplinäre, praxisorientierte Forschungsrichtung muss dabei kurzfristige Maßnahmen, mit denen die akute Not beendet werden soll, in die langfristige Perspektive eines positiven, also gerechten Friedens stellen.



Leonie studiert im Master Friedens- und Konfliktforschung in Marburg, ist Sozialarbeiterin und bei der Seebrücke aktiv.



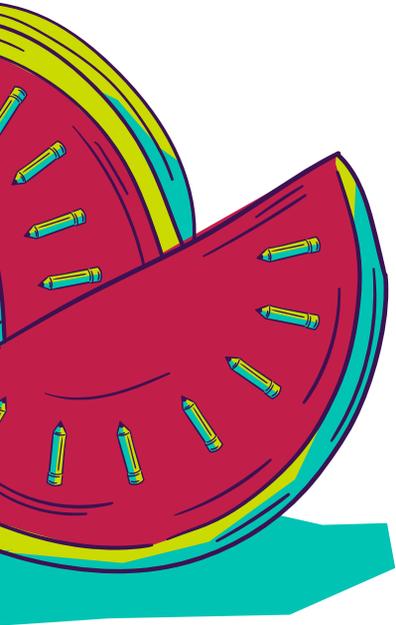


Illustration: Pia Chwalczyk

## Wissenschaft im Schatten: Die Totenstille der Islamwissenschaften und der Ruf nach Frieden in Palästina

Die Islamwissenschaft, früher Orientalistik, behandelt an ihren Instituten weder das Land mit der größten muslimischen Bevölkerung, Indonesien, noch beschäftigt sie sich bisher tiefgreifend mit europäischem oder amerikanischem Islam. Vielmehr betreibt sie kulturelle- und historische Studien in einem Raum zwischen Marokko und den Ausläufern des Mogulreichs. Dass sie sich über den Genozid an den Palästinenser\*innen nicht zu Wort meldet, liegt vielmehr an den hiesigen Verhältnissen als an ihrer Ausrichtung.

Anders als in England und Frankreich entstand sie nicht allein im Dienste deutscher Kolonialpolitik. Unschuldiger war sie jedoch nicht: Der prägende Orientalist Carl H. Becker lehrte am Kolonialinstitut Hamburg, das deutsche Kolonialbeamte ausbilden sollte. Auch im deutschen

Faschismus sollte die Islamwissenschaft eine Rolle spielen, z.B. mit einer arabischen Übersetzung von »Mein Kampf«.

Eine Zäsur innerhalb des Fachs war Edward Saids Kritik des »Orientalismus«, einer Ansammlung rassistischer Stereotype, die sich als Pseudowissenschaft verselbstständigt hatten. Als »islamisch« oder »orientalisch« deklarierte Identitäten seien triebgesteuert, fanatisch, unzivilisiert, kurzum: keine richtigen Menschen mit Rechten. Aktuelle Beispiele für diese Ideologie zeigt die Berichterstattung über Palästinenser\*innen.

Was erklärt jedoch die relative Stille der Islamwissenschaft? Zum einen sicher die aggressiven Medienkampagnen gegenüber Professor\*innen (»Universitäten«): Niemand möchte den Ruch des Antisemitismus oder der Terrorismusverharmlosung an sich haben oder einen Schauprozess in der Tradition McCarthys durchlaufen, wie es Harvards Direktorin Claudine Gay geschah. Fakt ist aber auch, dass Islamwissenschaftler\*innen, auch zu anderen Themen wie dem Krieg im Jemen oder Su-

dan, nicht dieselbe Bühne erhalten wie »Nahostexperten«, die genehme Wahrheiten verkaufen können.

Was ist also die Aufgabe von Islamwissenschaftler\*innen, die gegen den Genozid aktiv sein wollen? Zuerst natürlich, sich zu organisieren – der Konflikt muss mit politischer Macht gewonnen werden. Der wichtigste islamwissenschaftliche Beitrag ist dabei das »Entzaubern« üblicher Narrative, wie dass es sich um einen »religiösen Konflikt« handele. Neben dem inhaltlichen Kampf müssen sie die Rolle der Islamwissenschaft in der Gesellschaft in Frage stellen: Ist sie eine Ausbildungsstelle für deutsche Kapital- und Staatsinteressen? Oder hat sie eine Verpflichtung gegenüber den Menschen, deren Kultur sie untersucht?



Michèle Pfister studiert Nahoststudien an der Universität Heidelberg.



## Das Völkerrecht: Eine Chance für Frieden oder Wortklauberei?

Das Völkerrecht regelt, grob gesagt, die Beziehungen zwischen souveränen Staaten und zu internationalen Akteuren. Als solches existiert das Völkerrecht seit Jahrhunderten. Heute denken wir beim Völkerrecht vor allem an das humanitäre Völkerrecht und an das Völkerstrafrecht, das aus dem Zweiten Weltkrieg hervorgegangen ist. Wir denken an Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen, Angriffskrieg und Völkermord und fordern ein Ende des Tötens und der Straflosigkeit. In der Praxis jedoch nutzen mächtige Staaten das Völkerrecht oft zur Legitimierung ihrer Interessen und ignorieren es, wenn es ihnen nicht passt. So im Fall Palästinas: Der Internationale Gerichtshof stellte im Juli fest, dass die israelische Besetzung Palästinas nicht vorübergehend ist, sondern das Ziel verfolgt, das palästinensische Volk zu unterdrücken und ihm sein Recht auf Selbstbestimmung zu verweigern. Trotz der Verpflichtung aller Staaten, diese unrechtmäßige Besetzung nicht anzuerkennen, wiesen viele »westliche« Staaten, darunter Deutschland, das Gutachten als nicht bindend zurück. Dabei wird ignoriert, dass diese Verpflichtung auf der UN-Charta, Sicherheitsratsbeschlüssen, Menschenrechtsnormen,

humanitärem Völkerrecht und Völkergewohnheitsrecht basiert und bindend ist.

Auch die bürgerliche Rechtswissenschaft trägt Verantwortung, wenn sie unkritisch Rechtskonstrukte entwickelt, die solche Zustände rechtfertigen, strukturelle Konfliktursachen ignoriert oder durch einseitige Normauslegungen die Staatsräson stützt. Während Marco Buschmann im Fall des Haftbefehls gegen Putin erklärte, dass Deutschland ihn ausliefern wird, sobald er deutsches Territorium betritt, erklärte die deutsche Beauftragte in Fragen des Völkerrechts dem Internationalen Strafgerichtshof, dass der Antrag auf Haftbefehl gegen Netanjahu nicht zulässig sei. Im Gegensatz zu solchen kriegslegitimierenden Auslegungen sollte eine friedensorientierte Rechtswissenschaft soziale und ökonomische Ungleichheiten analysieren und Lösungen entwickeln, um tatsächlich emanzipatorisch zu wirken.

Für die sozialistische Arbeit ist grundlegend zu erkennen, dass das Völkerrecht in seiner aktuellen Form vor allem die Interessen der Herrschenden stützt und dort, wo es über bestehende Machtstrukturen hinausgeht, untergraben oder umgangen wird. Allein wird es daher keine grundlegenden Veränderungen herbeiführen. Statt blind seine Einhaltung zu fordern, sollten wir

es als eines von vielen Instrumenten im Kampf um globale Gerechtigkeit begreifen. Eine verstärkte Berufung auf das Völkerrecht darf nicht zu einer Verwaltung des Status quo führen, sondern muss auf eine Transformation zielen, die den Interessen der arbeitenden und unterdrückten Klassen dient und globale Ungerechtigkeiten überwindet – in Palästina und darüber hinaus.



Lara (24) studiert im Master Internationale Strafjustiz in Marburg.



Konzeption: Hana Qetinaj studiert in Frankfurt am Main Politik und Volkswirtschaftslehre und hat seit kurzem die Redaktionsstelle der Critica inne. Sie ist im SDS und war im Palästina Camps »Hinds Garden« aktiv, weil sie der Meinung ist, dass die Universitäten einen Beitrag für Frieden in der Welt leisten müssen.



für Deutschland darstellt«, wie die Bundesregierung selbst schreibt.

Mit der gleichen vorgeschobenen Rechtfertigung wird unter anderem das Recht auf Versammlungsfreiheit eingeschränkt. Schon 2022 wurden Demonstrationen rund um den Nakba-Gedenktag im Vorhinein verboten. Seit Ende 2023 haben sich die Verbote und Repressionen im Kontext der palästinasilidarischen Bewegung nochmals verschärft. Neben dem pauschalen Verbot von Demonstrationen gegen Besatzung und Genozid wurden auch Verbote von Symbolen und Ausrufen der palästinensischen Befreiungsbewegung ausgesprochen. Zudem ist die Polizei überdurchschnittlich gewaltsam gegen Demonstrierende vorgegangen. Blutige Nasen, gebrochene Arme und Jugendliche, die von Polizist\*innen in Vollmontur zu Boden gedrückt wurden, waren dabei keine Seltenheit.

Auch die Diskussion um die Wehrpflicht und »Kriegstüchtigkeit« wird unter dem gleichen scheinheiligen Vorzeichen der Sicherheit geführt. 2022 macht Olaf Scholz über Nacht 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr locker und junge Erwachsene

will er bald wieder zum Dienst an der Waffe verpflichten. Selbstverständlich erhöht sich »unsere« Sicherheit nicht, indem »wir« andere Länder militärisch bekämpfen. Krieg hat noch nie den Menschen selbst gedient. Er dient nur jenen, die sich an Waffenexporten bereichern, jenen, die ihre (ökonomische) Macht durch neu erschlossene Gebiete mehren und stabilisieren. Die Bevölkerung einer Nation wird lediglich vorgeschickt, um aus dem Schützengraben heraus ihre Genoss\*innen aus anderen Nationen zu erschießen, bis es sie dann schließlich selbst erwischt. Dadurch schützen sie nicht ihre Familien, Nachbarn und Freunde, sondern Kapitalinteressen!

Genauso müssen wir auch erkennen, dass die aktuelle Migrationspolitik niemandes Sicherheit fördert. Schon 2015 ging es nicht darum, Frauen vor Gewalt und Übergriffen zu schützen. Sonst müssten die Träger von Frauenhäusern nicht noch acht Jahre später über massive Unterfinanzierung und 14.300 fehlende Plätze klagen. Es geht auch aktuell nicht darum, die Gefahr des Islamismus einzudämmen. Abschiebungen in Krisengebiete sind nur ein fehlgeleiteter

und vor allem rassistisch motivierter Versuch, der Gewalt vorzubeugen, zu deren Entstehen die herrschende Politik selbst beiträgt. Wenn Menschen teils über Jahre hinweg die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben versagt bleibt, ihre materielle Lebensgrundlage nicht abgesichert ist und sie sich nicht respektiert fühlen, bietet das eine ideale Grundlage zur Radikalisierung. Ganz unabhängig davon, ob es sich nun um Asylbewerber\*innen, oder deutsche Staatsbürger\*innen mit Abstiegsängsten handelt.

Und auch der repressive Umgang mit jeglicher Form von Palästina-Solidarität gefährdet Menschen eher, als dass er sie schützt. Durch die Delegitimierung der Proteste und der Kritik (zum Beispiel an der deutschen Staatsräson) schützt die herrschende Klasse aber vor allem eins: ihren Herrschaftsanspruch.

Wir erleben also eine krasse Einschränkung von (demokratischen) Rechten, die vor ein paar Jahren noch als unvorstellbar galt. Eine Erklärung dafür, warum diese Politiken nun aber durchgesetzt werden können, bietet das Konzept der »Versicherheitlichung«. Wenn The-

men wie Migration, Protest und Antimilitarismus zu »Sicherheitsproblemen« erhoben werden, erkaufen sich die Regierenden mehr Handlungsspielraum, um »Lösungen« für diese vermeintlichen Probleme zu erarbeiten. Wenn eine relevante Menge der Bevölkerung dieses Framing akzeptiert, können sie so auch rassistische und spalterische Politiken rechtfertigen.

Vom heuchlerischen Gerede über Sicherheit dürfen wir uns daher nicht in die Irre führen lassen. Denn um die herrschenden Verhältnisse zu überwinden, müssen wir solidarisch sein mit jenen, die aus ihren Heimatländern fliehen und uns gemeinsam gegen Staat und Kapital auflehnen. Denn heute gilt, wie schon vor 176 Jahren, »Proletarier aller Länder, vereinigt euch!« ★



Viki (21) studiert in Düsseldorf Philosophie, Politik und Wirtschaft und findet, die gefährlichste Minderheit sind immer noch die Reichen.

ANZEIGE

# Solidarität jetzt: Dein Abo für die Pressefreiheit!

Jetzt bestellen:  
[jungewelt.de/abo](http://jungewelt.de/abo)  
Tel.: 0 30/53 63 55-80



FOTO: WETT POLYAK-BAR-AM/WJW



Foto: by Ipanemah Corella on Pexels

# Warum Antimilitarismus und Feminismus zusammen gehören

Die Bundeswehr soll weiblicher gemacht werden und die NATO ist jetzt woke. Höchste Zeit, über feministische Perspektiven in der Friedensbewegung nachzudenken.

Im Jahr 2024 gibt es so viele bewaffnete Kriege wie seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges nicht mehr. Seit 2022 tobt der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, im Nahen Osten forderte der Krieg in Gaza seit Oktober 2023 über 35.000 Todesopfer. Auch im Jemen, Sudan, Südsudan, Kongo, Afghanistan, Syrien und vielen weiteren Regionen der Erde herrschen bewaffnete Konflikte. Statt sich für Frieden und Lösung von Konflikten einzusetzen, exportiert Europa weiter Waffen in Kriegsgebiete und rüstet gleichzeitig selbst auf. So sind nach einem aktuellen Bericht des Stockholm International Peace Research Institute (Sipri) zwischen 2019 und 2023 die Großwaffen-Importe europäischer Staaten im Vergleich zum vorangegangenen Fünfjahres-Zeitraum um etwa 94 Prozent gestiegen. Dabei stammen die meisten dieser Waffen aus den USA.

Auch Deutschland setzt auf Aufrüstung, um wieder kriegstüchtig zu werden. Für die Bundeswehr wurden 100 Milliarden Euro Sondervermögen anberaumt, Verteidigungsminister Boris Pistorius möchte die Bundeswehr wieder popularisieren und junge Menschen zur Karriere im Heer überzeugen. Außerdem sollen im kommenden Jahr zum ersten Mal seit dem Ende des Kalten Krieges wieder US-Raketen in Deutschland stationiert werden – alles der Beginn eines neuen Rüstungswettlaufs.

## Angst und Unsicherheit bieten Raum für rechte Ideologien

Im selben Licht muss auch der globale Rechtsruck betrachtet werden, der sich vor allem in der Verschärfung der europäischen Asylpolitik äußert. Geflüchtete werden kriminalisiert und bereits an den EU-Außengrenzen unter haftähnlichen Bedingungen festgehalten. Es wird eine Bedrohungslage gezeichnet und ein Klima der Angst und Unsicherheit in der Bevölkerung geschaffen. Das spielt am Ende nur rechten Narrativen in die Hände.

Gerade jetzt bräuchte es eine starke solidarische und friedensorientierte Politik, um ein gutes Leben für alle zu ermöglichen. Doch die Friedensbewegung stagniert. Es gelingt nicht, breite Mehrheiten in der Bevölkerung zu mobilisieren. Auch die Linke schafft nicht mehr, sich als Friedenspartei darzustellen – zu gespalten ist sie in Fragen von Waffenlieferungen und Palästinasolidarität.

## Kämpfe zusammen denken

Die Lösungen für unsere sozialen und strukturellen Probleme liegen weder darin, Geflüchtete abzuschieben, noch in rechten Politiken wie Militarisation. Stattdessen brauchen wir eine Friedensbewegung, die auf Solidarität basiert und eine Ge-

genmacht zur aktuellen politischen Richtung der Aufrüstung darstellt.

Mit dem Rechtsruck steigt auch der Antifeminismus in der Gesellschaft. Rechtsextreme Parteien werben mit offener Transfeindlichkeit und der Rückkehr zur heteronormativen Kleinfamilie, während die feministische Bewegung bis zum 8. März in linken Zentren wartet und Partys organisiert. Wie die Friedensbewegung nutzt sie momentan ihr Mobilisierungspotenzial nicht gut aus. Obwohl sowohl die Friedens- als auch die feministische Bewegung wichtige Themen adressieren, fehlt es an funktionierenden Strategien. Was die feministische Bewegung kann, ist integrationsfähig in andere Bewegungen zu sein. Das hat sie der Friedensbewegung vielleicht voraus.

Für eine funktionierende Mobilisierung der Gesellschaft braucht es klassenübergreifende Bündnisarbeit und eine Verbindung von Perspektiven, um die Tragweite der Kämpfe und deren Bedeutung für uns alle aufzuzeigen. So kann der Kampf für Frieden und Abrüstung nicht unabhängig von feministischen Perspektiven gedacht werden, genauso wie der Rechtsruck und die Aufrüstung nicht unabhängig von antifeministischen Tendenzen betrachtet werden können. Schließlich sind es Frauen und queere Menschen, die am stärksten von Kriegsverbrechen und Gewalt betroffen sind. Gegen Krieg und Aufrüstung zu kämpfen, heißt

auch gegen patriarchale Strukturen und Unterdrückung zu kämpfen. Aus diesem Grund könnte ein feministischer Blick die Friedensbewegung nicht nur bereichern, sondern eine klarere Perspektive bieten.

## Breite Bündnisse für breite Mehrheiten

Sowohl die Friedens- als auch die feministische Bewegung schaffen es aktuell nicht, sich als Massenbewegungen zu etablieren. Deshalb lohnt es sich, gemeinsame Strategien zu suchen und Perspektiven zusammen zu denken. Eine erfolgreiche Friedensbewegung muss Brücken schlagen: Wir müssen Bündnisse aus Gewerkschaften und Parteien bis zu autonomen feministischen Gruppen und Jugendlichen bilden, um unsere Forderungen nach Abrüstung und Frieden zu einer Massenbewegung zu machen! ★



Ronja (26) studiert ab Oktober International Area Studies in Halle und ist im Leipziger SDS aktiv. Am liebsten möchte sie das Patriarchat zerschlagen. Mara (26) ist seit 5 Jahren im SDS aktiv, beschäftigt sich vor allem mit Feminismus und ist Leipzigs nervigste politische Lesbe.

# Warum der Kampf gegen psychische Probleme ein politischer Kampf sein muss

Die herrschende Psychologie legitimiert durch ihren individualisierenden Blick die gesellschaftlichen Verhältnisse, die psychisches Leid erst verursachen. Als Sozialist\*innen sollten wir Depressionen, Ängste & Co. als gesellschaftliches Problem auffassen und es auch als solches bekämpfen.

Psychische Leiden gehören für viele von uns zum Alltag. Immer mehr Menschen leiden unter Depressionen, Ängsten und Süchten. Studierende sind dabei besonders stark betroffen. Glücklicherweise ist das Sprechen über psychische Probleme heute nicht mehr mit einem so starken Tabu behaftet wie noch vor wenigen Jahrzehnten. Es fällt aber auf, dass psychische Probleme sowohl im psychologischen als auch im gesamtgesellschaftlichen Diskurs in der Regel auf individueller Ebene behandelt werden. Der gesellschaftliche Kontext, in dem sie auftreten, wird meist ausgeblendet.

Aus sozialistischer Sicht sollte klar benannt werden, dass diese Leiden nicht nur das Schicksal einzelner Betroffener sind, das nur durch Medikamente und Therapie behandelt werden kann. Psychische Leiden sind ein gesamtgesellschaftliches Problem und sollten an der Wurzel bekämpft werden. In einer Gesellschaftsordnung, deren Ziel Profitmaximierung ist und in der die Bedürfnisse der Menschen eine untergeordnete Rolle spielen, ist es klar, dass auch die psychische Gesundheit auf der Strecke bleibt.

Die meisten von uns sind gezwungen, einen Großteil ihrer Lebenszeit der

Lohnarbeit zu opfern, deren Sinn häufig nicht erkennbar ist. Abends reichen die Kapazitäten dann oft nicht mehr aus, um erfüllenden Tätigkeiten nachzugehen. In allen Lebensbereichen werden wir unter Konkurrenzdruck gesetzt: egoistisches Verhalten wird belohnt und gegenseitige Hilfe bestraft. Uns wird eingeredet, dass wir alles erreichen könnten, wenn wir nur hart genug dafür arbeiten. In den (sozialen) Medien sehen wir ständig «erfolgreiche» Menschen, an denen wir uns ein Beispiel nehmen sollen. Gleichzeitig wird Armut strukturell zementiert, ökonomischer Aufstieg ist kaum möglich. Viele leiden unter rassistischen, frauen- und queerfeindlichen Ideologien, die strukturell begünstigt werden, weil sie von Ausbeutungsverhältnissen ablenken oder sie legitimieren. Die kapitalistische Produktionsweise verursacht zugleich auf der ganzen Welt ökologische Krisen, Kriege und Katastrophen, die zu massivem Leid führen.

Kapitalistische Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse setzen also fast allen Menschen durch direkte politische und ökonomische Zwänge, durch kulturelle Prägung und in alltäglichen zwischen-

menschlichen Beziehungen extrem zu. Im psychologischen Diskurs spielt das aber kaum eine Rolle. Die Psychiatrie sieht psychische Leiden als medizinisches Problem an, das im Körper der Betroffenen auftritt und dort bekämpft werden soll. Und auch alle dominanten Strömungen der Psychologie haben einen individualisierenden Blick auf psychische Probleme. In Psychotherapien wird versucht, die Denk- und Verhaltensweisen der Patient\*innen zu verändern, während der soziale Kontext als gegeben und unveränderlich vorausgesetzt wird. Diese vorherrschende Herangehensweise an psychische Probleme ist hochpolitisch: sie naturalisiert und legitimiert die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse und lenkt vom gesellschaftlichen Sein, das unser Bewusstsein bestimmt, ab. Sozialist\*innen sollten auf den politischen Charakter der Psychologie aufmerksam machen und psychische Leiden auf politischer Ebene bekämpfen. Dazu ist eine fundamentale Kritik der herrschenden Psychologie und Psychiatrie - am besten von innen - notwendig. Die Verbindungen zwischen gesellschaftlichen Verhältnissen und psychischen Leiden sollten öffentlich analysiert und diskutiert werden. Die medikali-

sierend-individualisierenden Erklärungs- und Behandlungsweisen müssen grundsätzlich hinterfragt werden. Kritische Psycholog\*innen wie Klaus Holzkamp und David Smail haben wichtige Vorarbeit auf diesem Gebiet geleistet. Sozialistische Psycholog\*innen sollten ihre Expert\*innenposition dazu nutzen, auf die strukturellen Wurzeln psychischer Leiden hinzuweisen. Wir können die Verantwortung für deren Bekämpfung aber nicht auf Psycholog\*innen abschieben, die jetzt schon ihr Bestes tun, um Menschen zu helfen. Therapie ist in unserer Gesellschaft in ihren Möglichkeiten stark beschränkt. Für echte psychische Gesundheit brauchen wir eine neue Gesellschaftsordnung, die die Bedürfnisse der Menschen an die erste Stelle setzt und in der alle in ihrer Diversität respektiert werden, ohne sich für Normabweichungen rechtfertigen zu müssen. ★

Jan studiert Physik und ist in Münster beim SDS und bei einem Lesekreis zu Kritischer Psychologie aktiv.



# Der Blick zurück weist den Weg vorwärts!

»Bafög statt Pershing II« – unter diesem Motto demonstrierten im Dezember 1982 rund 40.000 Studierende in Bonn für Frieden und soziale Verbesserungen.

Foto: J.H. Darchinger/FES

Mit diesen Worten rief der ASTA der Universität Bonn am 10. Dezember 1982 zur Demonstration der VDS (Vereinigte Deutsche Studentenschaften) auf. Rund 40.000 Studierende aus dem ganzen Land folgten dem Aufruf nach Bonn, um in der Hauptstadt Westdeutschlands ein Zeichen zu setzen: gegen die Aufrüstung und für soziale Verbesserungen für Studierende.

Die frühen 1980er-Jahre waren eine Zeit großer Friedensdemonstrationen: Im Bonner Hofgarten kamen zwischen 1981 und 1983 jährlich Hunderttausende (!) zusammen, um gegen die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen zu protestieren – Raketen, die binnen weniger Minuten Atomsprenköpfe auf die Sowjetunion regnen konnten, und umgekehrt Westdeutschland zur Zielscheibe machten. Anstelle der eskalierenden Aufrüstungspolitik der NATO forderte ein breites organisatorisches Bündnis von Christ\*innen bis zu Kommunist\*innen Abrüstung und Entspannungspolitik gegenüber der Sowjetunion.

Die Parallelen zur Gegenwart sind deutlich: Nicht nur, dass heute wieder US-Mittelstreckenraketen in Deutschland stationiert werden sollen, um Russland (mit der freudigen Aussicht des Atomtodes für die gesamte Menschheit) »abzuschrecken«. Seit der Eskalation des Ukrainekriegs im Jahr 2022 sind die Gräben der internationalen Blockbildung immer tiefer geworden. Deutschlands herrschende Klasse, vom Abschneiden wichtiger Handelsbeziehungen ökonomisch stark getroffen, versucht ihre internationale Machtstellung durch den gezielten Aufbau militärischer Stärke zu erhalten. Ein Projekt der Aufrüstung und »Kriegsertüchtigung«, das seit der Zeit des deutschen Faschismus seinesgleichen sucht. Die

»Zeitenwende«-Rhetorik von Scholz & Co. soll dabei die ideologische Legitimation dafür bieten, dass die Regierung Hunderte Milliarden in die Bundeswehr und die Rüstungsindustrie steckt, während Krankenhäuser, Schienennetze, Schulen und Universitäten zunehmend verfallen und der Lebensstandard der allgemeinen Bevölkerung seit 2022 sinkt und sinkt.

## Sozialer Krieg gegen Studierende

Studierende, schon vor 2022 eine der ärmsten Bevölkerungsgruppen, treffen diese Folgen der Kriegspolitik der Bundesregierung besonders stark. Durch die Inflation von 2022/23, die bei Gütern des Grundbedarfs (Miete, Lebensmittel, Verkehr) bis heute auf hohem Niveau verbleibt. Durch die Austeritätspolitik, die bei öffentlichen Investitionen in Bildung den Rotstift ansetzt: egal ob Hochschulen, Studierendenwerke oder Bafög. Und auch durch stagnierende Löhne, die für die Einnahmen der Studierenden die mit weitem Abstand wichtigste Quelle sind – entweder aus eigener Erwerbstätigkeit (der rund zwei Drittel nachgehen) oder vermittelt über Unterhaltszahlungen aus der Erwerbstätigkeit der Eltern. Viele Studierende können es sich heute nicht leisten, von Zuhause auszuziehen. Kein Wunder, denn von denen, die es tun, leben 77% unter der Armutsgrenze.

Das Bafög, eine Errungenschaft der Studierendenbewegung der 1970er Jahre, die dem gesetzlich verankerten Recht auf Bildung die materielle Grundlage verschaffen sollte, versagt auf ganzer Linie. Das ist nicht zuletzt die Folge einer jahrzehntelangen Entkernung der Studienfinanzierung. Diese Austeritätspolitik versuchte man dabei zu legitimieren,

indem man das Studium umdeutete: vom Recht auf Bildung für Alle zur individuellen Investition in das eigene Humankapital. Das Bafög, das bei seiner Einführung im Jahr 1971 fast die Hälfte der Studierenden erreichte, kommt heute nur noch bei 12% an. Eine umfassende Reform der Studienfinanzierung wäre also dringend nötig. Es braucht ein Bafög für Alle, das allen, wirklich allen, Studierenden als Vollzuschuss zugutekommt. »Das Geld ist also da«, gilt heute immer noch, schaut man auf die Hunderten Milliarden, die die Aufrüstung verschlingt. Noch dazu sind Bildungsinvestitionen auch ökonomisch mehr als produktiv, wie kritische Ökonom\*innen regelmäßig zeigen.

Stattdessen hat die Bundesregierung mit ihrer letzten Bafög-Reform das weitere Sinken unseres Lebensstandards abgenickt, denn die Anhebung der Bedarfssätze und Freibeträge ist absolut unzureichend verglichen mit den Teuerungen der letzten Jahre. Wieder einmal wurde deutlich: Von dieser Regierung können wir uns keine Verbesserungen erwarten – zumindest nicht, bis wir die Sache in die eigene Hand genommen haben und genügend Gegenmacht aufgebaut haben, dass unsere Forderungen nicht mehr ignoriert werden können.

## Bafög statt Bomben!

Mit diesem Ziel waren wir bereits im letzten Sommersemester aktiv. An Ständen am Campus, im Studierendenparlament und auf der Straße haben wir unseren Forderungen (siehe Webseite: <https://linke-sds.org/bafoeg-statt-ruetzung>) Gehör verschafft. Weil wir nicht ewig darauf warten können, dass jemand den ersten Schritt macht, haben wir ihn gemacht: In Hamburg und Bonn haben wir Demonstrationen organisiert, in Frankfurt eine Kundgebung

vor der KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau), deren Studienkredite mit über sieben Prozent Zinsen schon viele Studierende in die Schuldenfalle getrieben haben. Von unseren Kommiliton\*innen und auch den Beschäftigten der Universität haben wir dabei viel Zuspruch bekommen – was die Teilnehmer\*innenzahl bei den Aktionen angeht, gibt es jedoch noch Potenzial nach oben.

Um dieses Potenzial zu entfalten, müssen wir die Hochschulen wieder zu einem lebendigen Ort der politischen Diskussion und Aktion machen. Wir müssen wegkommen von der in Studierendenparlamenten, aber auch unter unseren Kommiliton\*innen verbreiteten Idee von Stellvertreterpolitik. Die Politik gehört wieder ins Zentrum des Lebens von Studierenden, im Seminar genauso wie am Fachbereich und an der ganzen Uni. In enger Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, Sozial- und Jugendverbänden müssen wir Bündnisse schmieden, anstatt uns von oben spalten und gegeneinander aufhetzen zu lassen. Und in Zeiten, in denen sich Deutschland auf den nächsten Krieg vorbereitet, müssen wir Friedenspolitik als die beste Sozialpolitik begreifen. Ohne Frieden ist alles nichts... und auch kein Geld fürs Bafög da. Deshalb ist unsere Lösung, damals wie heute: Bafög statt Bomben! ★



Luca Groß studiert Soziologie und Geschichte in Frankfurt. Philipp studiert Soziologie und Kommunikations- und Medienwissenschaft in Bremen.

# »Ein Versuch, die bürgerlich-kapitalistische Hegemonie zu verteidigen«

Benjamin Ruß hat in München Geowissenschaften studiert und war im SDS aktiv. Nun verweigert die TU München ihm die Anstellung – trotz Zusage des Lehrstuhls für Kartographie und visuelle Analytik sowie der dortigen Professorin Li Meng. Im Interview spricht er über die Hintergründe seines Falls und den Kampf um grundlegende demokratische Rechte in Kriegszeiten.

**Benjamin, du wolltest nach deinem Studium weiter in der Geowissenschaft arbeiten, du hattest sogar schon die Zusage für eine Stelle. Wie wurde das Berufsverbot gegen dich begründet?**

Kurz zusammengefasst: die Personalabteilung und der Kanzler der TUM haben die Argumentation des Inlandsgeheimdienstes übernommen und mich als Verfassungsfeind deklariert. Ausschlaggebend dafür waren in deren Augen meine Mitgliedschaften in der Roten Hilfe und damals im SDS, meine Veröffentlichungen auf [klassegegenklasse.org](http://klassegegenklasse.org), meine marxistische Weltanschauung und meine politische Aktivität, z.B. als Bündnissprecher der Stop-G7-Proteste 2015 in Elmau/Bayern. Das Münchner Arbeitsgericht hat im August nun dieses Vorgehen bestätigt, eine ausführliche Begründung steht noch aus. Dabei gibt es neben dem politischen Verfahren auch ganz klare arbeitsrechtliche Verfehlungen der TUM-Personalabteilung, die für das Gericht offenbar unerheblich sind.

**Der autoritäre Umbau an den Hochschulen ist in Bayern ja auf einem ganz anderen Stand als andernorts. Seit den 1970ern gibt es keine studentische Selbstverwaltung mehr, aktuell steht das Bundeswehrförderungsgesetz kurz vor dem Beschluss. Welche Rolle spielt das bei deinem Fall?**

Fehlende studentische Selbstverwaltung, aber auch ein niedriger gewerkschaftlicher Organisationsgrad und eine nicht vorhandene proletarische Selbstverwaltung, spielen insofern eine direkte Rolle, als dass es so sehr schwierig ist, Entscheidungen wie in meinem Fall durch Personalabteilungen politisch und arbeitsrechtlich anzufechten. Aber eben auch, um eine politische Gegen-

wehr gegen Prekarisierung, Krieg, Ausbeutung und Unterdrückung aufzubauen. Der Versuch, Menschen mit ähnlichen politischen Positionen wie den Meinigen, den Zugang zu Jobs an den Hochschulen zu verwehren, liegt darin begründet, dass man den »linken Sumpf« an den Hochschulen nicht wieder bewässern will. Eine Art präventives Union Busting, das sowohl kritische Arbeitende wie auch Studierende maßregeln soll. Die Freiheit der Wissenschaft wird hier ganz bewusst beschnitten, um eine wissenschaftliche Perspektive der Arbeiter\*innenklasse an den Hochschulen zu verhindern. Gleichzeitig wird damit versucht, die bürgerlich-kapitalistische Hegemonie zu verteidigen. Deutlich wird das meiner Meinung nach besonders daran, wie mit der Gaza-Solidarität an deutschen Universitäten umgegangen wird. Krieg und Massenmord soll normalisiert werden, Frieden und Solidarität mit unseren Klassenschwistern wird dämonisiert.

**Wie hat deine Gewerkschaft reagiert: mit Solidarität oder mit Skepsis gegenüber dem Marxisten Benjamin Ruß?**

Ich habe durch die ver.di-Betriebsgruppe an der TUM von Anfang an vollste Solidarität erfahren. Ohne die Kolleg\*innen vor Ort hätte ich diese Auseinandersetzung gar nicht erst beginnen können. Mit dieser Unterstützung habe ich auch Rechtsschutz bei ver.di bekommen. Zusätzlich gab es in einigen gewerkschaftlichen Medien, wie z.B. in der *ver.di Publik*, solidarische Artikel zum Prozess. Gewerkschaftsgruppen haben Veranstaltungen zu Berufsverboten organisiert. Ver.di hat hier tatsächlich politisch agiert, das rechne ich allen beteiligten Personen und Gremien hoch an. Die gewerkschaftliche So-

lidarität war von Beginn an ein zentraler Bestandteil meines Kampfplanes gegen das Berufsverbot.

**Du bist ja nicht der erste Linke, der in der BRD ein Berufsverbot erhält. In den 1970ern waren Tausende vom sogenannten »Radikalenerlass« der Regierung Brandt betroffen. Wiederholt sich die Geschichte heute?**

Geschichte ist in meinen Augen kein Kreis. Geschichte ist vielmehr als eine sich weiterdrehende Spirale zu verstehen. Als solche streift sie immer wieder Vektoren oder Tendenzen, die wir aus vorangegangenen Perioden wiedererkennen. Diese Tendenzen finden aber aufgrund dieser spiralförmigen Bewegung niemals auf derselben Ebene statt. Dementsprechend können wir natürlich eine Parallele zum »Radikalenerlass« aus den 1970ern erkennen. Allerdings unter veränderten Bedingungen: Die wichtigste Änderung ist die endgültige Niederlage der proletarischen Revolution von 1917, verkörpert durch den Zusammenbruch der Sowjetunion und damit einhergehend eine noch nie dagewesene Akkumulation von Kapital. Dieser Akkumulation steht eine krasse Prekarisierung vieler Bevölkerungsschichten gegenüber, in den kapitalistischen Zentren geht das auch einher mit einer Proletarisierung von kleinbürgerlichen Schichten. Der damit entstehenden Unzufriedenheit stellt der bürgerliche Staat weiträumige Repression gegenüber – an den (Hoch-)Schulen sowie in den Betrieben. Sowohl der »Radikalenerlass« der 1970er als auch die aktuellen Berufsverbote sind als taktische Maßnahmen im Klassenkampf zu verstehen. Dementsprechend ist es die Aufgabe der Arbeiter\*innenbewegung, sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln gegen derlei Maßnahmen zu wehren.

**Was braucht es jetzt im Kampf um unsere demokratischen Rechte?**

Meiner Meinung nach ist die wichtigste Aufgabe, solche Kämpfe wie die gegen Berufsverbote aus der Arena der bürgerlichen Gerichte in die Betriebe zu tragen, unseren Kolleg\*innen aufzuzeigen, dass sinkende Löhne, der Abbau von sozialer Infrastruktur und die Beschneidung demokratischer Rechte zusammenhängen. Es braucht Öffentlichkeit, aber auch Organe der proletarischen Öffentlichkeit, die unserer Klasse die Diskussion über derartige Entwicklungen ermöglichen. Darüber hinaus müssen Organe der proletarischen Selbstorganisation aufgebaut werden, die eine ernsthafte Verteidigung der erkämpften Rechte ermöglichen und perspektivisch auch irgendwann eine proletarische Offensive im Kampf um die Interessen von Arbeiterinnen und Arbeitern. Ich selbst werde den Kampf weiterführen und ihn gleichzeitig als Bühne nutzen, um aufzuzeigen, dass wir uns in einem Konflikt unterschiedlicher gesellschaftlicher Interessen befinden und dass wir unsere Interessen so vehement wie möglich vertreten müssen. ★

Das Interview führte Luca Groß (SDS Frankfurt)



Benjamin Ruß

# Bezahlkarten in Deutschland sind die Vorstufe von Hetzjagden in England

Der grassierende Rassismus dient der Ablenkung von der hochexplosiven internationalen Lage und einer sich vertiefenden Verfallskrise des Kapitalismus.

»Genug ist genug!«: Dieses Motto verlautete Premierminister Rishi Sunak im Boulevardblatt *The Sun*. Aber nicht etwa mit dem Rassismus soll Schluss sein. Im Gegenteil: Die Migration ist gemeint. Er rechtfertigte die Hetze der englischen Regierung gegen migrantische Menschen, deren »Invasion« mit der faktischen Abschaffung des Asylrechts bekämpft werden solle. Menschenrechtsdemonstrationen für die palästinensischen Opfer werden von der politischen Klasse als »Hassmärsche« und deren Teilnehmende als »Hammas-Unterstützer« diffamiert. Faschisten wie der English Defence League-Gründer Stephen Yaxley-Lennon bezeichnen sie als »Invasoren«, die London »übernehmen« wollen. Ein Lehrbuchbeispiel dafür, wie der Rassismus zur Legitimierung von Krieg und Völkermord in Stellung gebracht wird. Wer über Hetzjagden in England spricht, darf nicht über den Völkermord in Palästina schweigen.

## Liegt die Ursache im Kapitalismus oder ist das auch nur »Fake-News«?

Bei den Hetzjagden in England heißt es von Wissenschaft, Journalismus und Politik: Auslöser seien die in Social Media kursierenden »Falschnachrichten«. Diese gelte es nun mit verschärften Kontrollen im Internet zu unterbinden. Gegen rassistische Pogrome sei die Polizei gefragt. Diese autoritären Maßnahmen dienen aber nur dazu, die Dysfunktionalität des Kapitalismus und ihrer politischen Führung zu verdecken. Die linksliberale Antwort auf Rassismus mit »Faktenchecks« bezüglich Kriminalitäts- oder Ausländeranteilstatistik soll die Menschen beru-

higen, indem sie sagt: Eigentlich gibt es gar keine Probleme in unserer Gesellschaft. Doch eine solch oberflächliche Behandlung hilft nicht weiter. Also, was steckt wirklich hinter dem Rassismus?

Bereits 2015 bezeichnete Herbert Schui den grassierenden antimuslimischen Rassismus als große »Aggressionsverschiebung«. Die Aggressionen der Menschen verschieben sich weg von ihren objektiven Ursachen, der Eskalation der internationalen Kriege sowie der konkreten Bedrohung durch Arbeitslosigkeit, Niedriglohnsektor, Leiharbeit, Wohnungsnot, Bildungsmisere und projizieren sich auf migrantische Menschen. Es gibt also reale Bedrohungen, aber diese werden rassistisch verarbeitet. Denn die Verantwortlichen für diese Bedrohungen – Großkonzerne und der militärisch-industrielle Komplex – sind sehr viel mächtiger als die migrantischen Sündenböcke. Es schadet nicht, diese Feigheit der Rechten offenzulegen.

## Deutschland ist nur eine »Falschnachricht« entfernt von England

Die Parallelen zu Deutschland sind eindeutig: Olaf Scholz, in Koalition mit Grünen und FDP, hat die rechte Parole »Kriminelle Ausländer raus!« zum Regierungsprogramm gemacht, verbunden mit der Mär von »deutschen Sozialleistungen«, die in ausländischen Familienkassen landen. Die Bezahlkarte, die nun eingeführt werden soll, ist nicht nur eine symbolpolitische Durchsetzung weiterer struktureller Gewalt gegen Geflüchtete, sondern die bewusste demagogische Antwort auf die Ver-

elendung der arbeitenden Klasse in Deutschland. Mit dieser Erklärung ist der gedankliche Schulterchluss zu faschistischen und rechten Kräften bereits vollzogen.

Trotz ihrer Meinungsführerschaft ist das heutige »Bildungs«-Bürgertum durch die neoliberale Deformierung des Bildungssystems und ihrer reinen Ausrichtung auf ihre ökonomische Verwertbarkeit (Jobqualifizierung) nicht mehr in der Lage, Ursachenforschung über Rassismus zu produzieren. Der neoliberal-deformierte, halgebildete Elfenbeinturm-Akademiker rechnet den »dummen Nazis« gerne vor: »Migration lohnt sich«. Damit gibt dieser vor gegen Nazis zu sein. Reaktionärer mit Professorentitel, wie Bernd Raffelhüschen, fordern die Ausweitung der Bezahlkarte auf Bürgergeldbeziehende. Dieser Spekulanten-Söldner aus dem Umfeld des neoliberalen Think-Tanks »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft« spricht damit aus, worum es tatsächlich geht: Die grundgesetzlich verbrieften Grundrechte, die Menschenwürde und der Sozialstaat sollen weiter abgebaut werden, unter dem Vorwand der »Invasionsbekämpfung«. Wenn aber migrantische Menschen und auf Bürgergeld Angewiesene als Humankapital zum Objekt der Wohlstandsvermehrung für die Kapitalist\*innen ausgemacht werden, sind wir gedanklich bereits in der Menschenfeindlichkeit.

## Der einzige Ausweg: Klassenkampf

Reinhard Kühnl, von 1971 bis 2001 Professur für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Faschismusforschung in Marburg, analysierte

umfassend den Faschismus und Rechtsradikalismus. Er kam zu dem Schluss, dass das für die Ideologie dieser politischen Strömungen zentrale Prinzip der Ungleichwertigkeit vom Menschengruppen eng verwandt ist mit den gesellschaftlichen Verhältnissen des neoliberalen Kapitalismus. Rassismus wird also im neoliberal-kapitalistischen Alltag ständig perpetuiert durch den Konkurrenzkampf zwischen Individuen, Menschengruppen und Staaten, wobei es immer Gewinner und Verlierer gibt, so Kühnl. Wenn wir also Rassismus bekämpfen wollen, müssen wir die Grundlagen unserer Gesellschaft hinterfragen und eine Alternative zur Konkurrenz erkämpfen. Das heißt in der Außenpolitik: Stoppt alle Kriege und Waffenlieferungen – egal ob Ukraine, Palästina oder sonst wo. Im Inneren heißt es: Bezahlbarer Wohnraum für Alle, Arbeitsgarantien, absichernde Mindestlöhne und eine neue Bildungsexpansion. Ein ähnlich neuer Gesellschaftsvertrag wurde in den USA während den 1930er-Jahren als Antwort auf die weltweite Krise des Kapitalismus von einer starken Gewerkschaftsbewegung erkämpft. In Deutschland hingegen folgte auf die drakonische Austeritätspolitik der Faschismus. Erich Kästner sagte rückblickend: »Man darf nicht warten, bis aus dem Schneeball eine Lawine geworden ist. Man muss den rollenden Schneeball zertreten. Die Lawine hält keiner mehr auf.« ★



Yusuf (28) studiert im Master Politikwissenschaft mit Schwerpunkt »Politische Ökonomie« in Marburg.

## Freiheit, Gleichheit, Eigentum

Sabine Nuss beschäftigt sich in ihrem neuen lesenswerten Buch mit Vergesellschaftung.

Foto: by vale on Unsplash

Auch wenn es uns die Ideolog\*innen des Kapitals seit Jahrhunderten weismachen wollen: Eigentum ist nichts Natürliches und schon gar nicht notwendig, um Gesellschaft zu organisieren. Dieser Erzählung etwas entgegenzusetzen, macht sich Sabine Nuss in ihrem neuen Buch »Wessen Freiheit, welche Gleichheit? Das Versprechen einer anderen Vergesellschaftung« zur Aufgabe. Sie zeichnet nach, wie sich die Idee des Privateigentums als abstrakte Verfügungsgewalt von Individuen über Produktionsmittel durchgesetzt hat und wie sie legitimiert und naturalisiert wurde und wird. In vorkapitalistischen Gesellschaftsordnungen wäre es völlig absurd gewesen, dass einzelne Menschen anderen die Mittel zur Bedürfnisbefriedigung entziehen könnten, weil ihnen die alleinige Verfügungsgewalt zugesprochen würde. Dieser historisch spezifische Eigentumsbegriff ist eine Erfindung des Kapitalismus und wurde gewaltsam und gegen massiven Widerstand durchgesetzt. Sabine Nuss macht sich dafür stark, den Eigentumsbegriff genau zu analysieren, um ihn schließlich überwinden zu können.

Anlass des Buchs und seines Vorgängers »Keine Enteignung ist auch keine Lösung« war das Votum für die Vergesellschaftung profitorientierter Immobilienkonzerne 2021 in Berlin. Unter Rückgriff auf die marxistische Werttheorie und den Kampf der Arbeiter\*innenbewegung für die Vergesellschaftung von Produktionsmitteln seit Marx und Engels, entwickelt Nuss Ideen, wie der Kampf um Vergesellschaftung heute aussehen könnte. Die Frage nach der Überwindung des Eigentums, die von Sozialdemokratie und Gewerkschaften schon lange aufgegeben wurde, wird von Initiativen wie »Deutsche Wohnen & Co. enteignen« wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Nuss macht die Perspektive auf, dass - angefangen bei der Daseinsvorsorge - Inseln der Vergesellschaftung geschaffen werden könnten, die größer werden und sich vernetzen. Es geht darum, aktiv eine neue Gesellschaftsordnung zu organisieren, die die Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt rückt. Denn die Maßlosigkeit des Kapitals, die Mensch und Natur zugrunde richtet, können wir uns nicht mehr leisten. Das Buch ist zugänglich und anschaulich geschrieben und sowohl für den Einstieg in marxistische Ökonomiekritik als auch für marxistisch vorgebildete Leser\*innen gewinnbringend.

von Jan (Jan studiert Physik und ist in Münster beim SDS aktiv)

## Wenn von Staatsräson die Rede ist

von Mesut Bayraktar

Sie sagen  
Es ist ein Verbrechen  
Den Regen mit den Wolken  
Die Wolken mit den Winden  
Die Winde mit den Meeren  
Zu erklären

Der Regen soll Regen sein  
Das sagt die Staatsräson  
Der Regen hat keine Geschichte  
Der Regen ereignet sich nicht  
Zwischen Erde und Himmel  
Der Regen regnet nur

Was ist die Staatsräson  
Sie ist nicht im Gesetz zu lesen  
Sie steht über ihm geschrieben  
Hier brütet die Weisheit des Staates  
Das letzte Wort  
Nur wessen Weisungen  
Wessen Wort

So ist das in meinem Land  
Wasser tritt über Zäune und Mauern  
Aus einem Teich wird ein Ozean  
Aber wenn dieser Staat räsoniert  
Dann kommt immer dabei raus  
Dass Regen Regen ist  
Nicht mehr

erschieden in: *Junge Welt*,  
Ausgabe vom 05.12.2023

# DIE LINKE.SDS

## WER WIR SIND UND WAS WIR MACHEN

### Mach mit beim SDS!



Die Linke.SDS ist der größte sozialistische Studierendenverband Deutschlands. Wir sind an über 60 Hochschulen bundesweit organisiert und laden Dich herzlich ein, mit uns gemeinsam die Hochschulen und die Welt zu verändern!

Die globalen Auseinandersetzungen werden immer brutaler und auch die Klimakrise betrifft uns mittlerweile in Deutschland ganz akut – der Kapitalismus kann als System nur versagen. Rüstungshaushalt und Inflationskrise haben die soziale Lage von Studierenden verschärft und treiben immer mehr von uns an die Armutsgrenze. Und während sich Konzerne die Taschen voll machen, sollen wir wieder in den Krieg geschickt werden, um ihre Profite zu sichern. Nachdem die Bundesregierung mal eben 100 Milliarden Euro Sondervermögen für Aufrüstung locker machte, wird uns noch immer erzählt, für Bildung, Verkehrswende und Soziales sei kein Geld da. Während wir mit Arbeitnehmer\*innen für höhere Löhne streiken, fordern Arbeitgeber\*innen die Beschränkung dieses Grundrechtes.

Dem stellen wir uns gemeinsam entgegen und kämpfen für eine bessere Zukunft. Die Veränderung muss im Hier und Jetzt beginnen – wir brauchen einen gesellschaftlichen Wandel, um ein ökologisches und soziales Desaster zu verhindern. Darum organisieren wir Aktionen und Proteste, unterstützen Streiks und Arbeitskämpfe, bilden und vernetzen uns. Eine solidarische Gesellschaft können wir nur gemeinsam erkämpfen.

Dafür braucht es eine starke sozialistische Stimme an den Hochschulen, den Kampf um die Wissenschaften, in der Gesellschaft und vor allem braucht es jede und jeden Einzelne\*n. Schau' gerne auf unserer Homepage vorbei, folg' uns auf Social Media, komm' zu einem der Plena unserer Lokalgruppen und mach mit. Wir freuen uns auf Dich!

**INSTAGRAM:** @dielinke.sds  
@critica.zeitung  
**TWITTER:** @linkesds  
@critica\_zeitung

**WEBSITE:**  
www.linke-sds.org  
www.critica-zeitung.de

**SO ERREICHST DU UNS:**  
INFO@LINKE-SDS.ORG  
030/24009134

# WANTED

★ **Rücktritt:** **Bildungsministerin Bettina Stark-Watzinger** ★

Politiker\*innen von der CDU bis zur Linken fordern den Rücktritt von Bildungsministerin Bettina Stark Watzinger wegen der Fördergeldaffäre, was von der Bildungsministerin zurückgewiesen wurde. Seit dem sind noch weitere für die Bildungsministerin belastende Chats aufgetaucht, die nahelegen dass sie früher als behauptet von dem Vorgehen bescheid wusste und den Verdacht bestätigen, dass die Ministerin eine ihrer Staatssekretärinnen als Bauernopfer entlies.

**Also, Frau Bildungsministerin, wann treten Sie zurück?**

